

Hams 12.09.2021

Forderung: Abrüstung und Entspannung

Verschiedene Organisationen beteiligten sich am Antikriegstag in Nienburg

Nienburg. Es war ein Appell, den Susanne Politt, Vertreterin der Attac/Verdi-Friedenskooperative Nienburg, bei der Kundgebung zum Antikriegstag in Nienburg an die Anwesenden richtete: „Ich will keine Bundeswehr mit Auslandseinsätzen – wie dem gescheiterten in Afghanistan.“

Zu der Veranstaltung hatte der DGB zusammen mit 14 zivilgesellschaftlichen Organisationen auf den Elisabeth-Weinberg-Platz am Spargelbrunnen eingeladen.

In seiner Begrüßung erinnerte der DGB-Kreisvorsitzende Werner Behrens angesichts der Menschheitsverbrechen der Nazis an die besondere Verantwortung Deutschlands für den Frieden. Die neu zu wählende Regierung müsse wieder auf Abrüstung und Entspannung setzen statt auf Feindbilder, Aufrüstung und atomare Abschreckung. Er forderte von der zukünftigen Koalition die Unterzeichnung des seit Ja-

nuar gültigen UN-Atomwaffenverbotsvertrags, den Abzug der US-Atomwaffen in Büchel, den Verzicht auf atomare Teilhabe sowie auf die Anschaffung neuer atomwaffenfähiger F-18-Kampfflugzeuge der Bundeswehr für circa acht Milliarden Dollar.

Und eben auch Susanne Politt ging darauf ein: Unzählige Tote, Zerstörungen, Verletzungen und Traumatisierungen bis hin zum Suizid seien die Folge von Kriegseinsätzen. Die Militärausgaben von 47 Milliarden Euro jährlich würden gerade jetzt für Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit benötigt, erklärte Politt.

Die Hauptrede übernahm Reinhard Rohde von der Celar Friedensinitiative „Rheinmetall entwaffnen“. Die Rüstungsfirma Rheinmetall in Unterlüß (Lüneburger Heide) ist nach Angaben der Organisatoren führender deutscher Waffenproduzent mit einem hohen Anteil an deutschen



Jawid Saaqidi war einer der Redner beim Antikriegstag in Nienburg. FOTO: KOPF

Rüstungsexporten. „Rheinmetall entwaffnen“ fordere die vor Ort sehr schwierig zu vermittelnde Konversion zu nichtmilitärischen Produkten.

Den Reigen der Redebeiträge eröffnete Anne-Mieke Bremer, Landesvorstandsmitglied der Partei „Die Linke“. Sie kritisierte die im Irak, Syrien

oder Afghanistan mit militärischen Interventionen durchgesetzte „Regime-Chance“-Politik unter dem Deckmantel von Demokratie und Menschenrechten. Dabei gehe es um geostrategische Macht- und Ressourcensicherung: „Mit Gewalt kann man keinen Frieden schaffen. Das

Morden auch mit deutschen Waffen muss ein Ende haben. Aber zivile und humanitäre Hilfe bringt Frieden, Demokratie und Gleichberechtigung näher. Die Bundeswehr soll wieder Heimatschutzarmee werden“, forderte Bremer.

In bewegenden Worten setzte sich Gabriele Sosniza (GEW und „Omas gegen rechts“) mit den tragischen Traumata junger Kriegsflüchtlinge auseinander: „Die Erinnerungsspuren bleiben, ihre Seelen sind schwer verletzt.“

Zur aktuellen Situation in Afghanistan sprach abschließend der afghanische Journalist Jawid Saaqidi, der mit seiner Frau und Tochter seit fünf Jahren in Nienburg lebt. Er schilderte die Angst der in 20-jähriger Freiheit aufgewachsenen jungen großstädtischen „neuen“ Generation Afghanistans und fragte mit ihnen: „Was wollen die Taliban von uns? Was ist die Lösung für mein Land?“ DH